

## AKTUELL

DÜDELINGER WASSERTURM

# Alles wird gut - irgendwann

Christiane Walerich

**Nicht so vermessen wie beim Turmbau zu Babel sollte es mit der Sanierung des Düdelinger Wasserturms zugehen. Deshalb soll demnächst auch die Finanzierung noch einmal überdacht werden.**

Jean Back, Direktor des „Centre national de l'Audiovisuel“ (CNA), ist ein Mann, der langfristig denkt: „Man sollte Geduld haben mit solchen Projekten. Sie fallen vom Baum wie eine reife Zwetschge - wenn es soweit ist.“ Fünf Jahre sind seit den ersten Projektplänen ins Land gezogen, doch das „Fallobst“ hängt noch immer: Die Rede ist vom Umbau des 1928 gebauten, rund 56 Meter hohen Wasserturms in Düdelingen. Miteinbezogen ist das Pumpenhaus auf dem Gelände der ehemaligen Schmelz - beide sollten für die Fotosammlung „The Bitter Years“ von Edward Steichen in Stand gesetzt werden.

Wie gesagt: Schon 2003 waren entsprechende Pläne vorgestellt

worden. Mit der Restaurierung und Instandsetzung beauftragt war das Architekturbüro Kaell, „Sites et monuments“ fungierte als denkmalschützerischer Bauherr. Vorgesehen war damals, dass das Projekt bis Anfang 2006 fertig sein sollte. Ursprünglich belief sich das Budget der Instandsetzung auf 5,6 Millionen Euro. Noch Ende 2007 schien die Kultursekretärin Octavie Modert - trotz Verzögerung - in einem Interview recht optimistisch und meinte, dass die Umbauarbeiten womöglich noch vor dem Kollektivurlaub beginnen könnten. Die Aufträge seien den beteiligten Unternehmen bereits erteilt worden.

Mittlerweile jedoch ist das Konzept erst einmal eingefroren, denn das Budget droht die Schmerzgrenze von 7,5 Millionen Euro zu überschreiten. „Seit März haben wir nichts mehr von dem Projekt gehört, das für die Stadt Düdelingen touristisch sehr interessant ist“, meint Alex Bodry, Düdelinger Bürgermeister. Damals sei



aufgrund eines aktualisierten Kostenvoranschlags festgestellt worden, dass die anfallenden Sanierungsarbeiten über dem Grenzwert von 7,5 Millionen liegen. Was bedeutet, dass, falls das Projekt in dieser Form umgesetzt werden würde, es über ein Spezialgesetz in der Chamber genehmigt werden müsste. „Nun stellt sich die Frage, inwiefern es möglich ist, durch Einsparungen unter die 7,5-Millio-

nen-Schwelle zu kommen“, so Bodry. Denn wenn das Ganze auf den Instanzenweg gehen müsste, dann würde die Fertigstellung sich noch viel länger hinausziehen - falls das Projekt nicht ohnehin abgelehnt würde.

Wie es überhaupt soweit kommen konnte - darüber sind die Angaben der Verantwortlichen nicht eindeutig. „Es sind einige Probleme gleichzeitig aufgetreten - etwa die Feststellung, dass der Boden des ehemaligen Schmelz-Areals verseucht ist. Hier stellt sich die Frage, wie das Ganze entsorgt wird und wer das finanziert“, sagt Guy Dockendorf, Premier Conseiller im Kulturministerium. So soll diese Frage zurzeit zwischen Nutznießer und Eigentümer diskutiert werden. Laut Jean Back ist das Grundstück dem „Fonds de logement“ zur Nutznießung vom Staat übertragen worden. Eigentlicher Besitzer sei jedoch Arcelor-Mittal als Rechtsnachfolger der Arbed. Zudem seien mittlerweile auch die Preise auf dem Bau- und Wohnungssektor gestiegen, was neue Berechnungen erfordere.

Bis Herbst jedoch, so hofft Patrick Sanavia vom Kulturministerium, sollen alle fehlenden Ausschreibungen vorliegen und das Projekt unter die Finanzschwelle von 7,5 Millionen Euro gedrückt werden.

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

## Ein Prozent im Visier

Richard Graf

**Bis zum Budgetjahr 2010 will Luxemburg seine Entwicklungshilfe auf ein Prozent des Bruttoinlandseinkommens hochschrauben. Die schwache Konjunktur lässt das Ziel näher rücken.**

Zumindest Entwicklungsminister Jean-Louis Schiltz dürfte der andauernden Subprime-Krise und den Preissteigerungen beim Rohöl etwas Positives abgewinnen. Die daraus resultierende konjunkturelle Flaute hinterlässt ihre Spuren in Luxemburg, wenn auch mit weniger dramatischen Folgen als bei unseren Nachbarn. Weil aber die international geleistete Entwicklungshilfe immer in Relation zum Bruttoinlandseinkommen der Geberländer berechnet wird, verbessert sich dieser Wert, wenn sich die gesamtwirtschaftliche Situation verschlechtert. So hatte Luxemburg für das Budgetjahr 2007 eigentlich 0,9 Prozent an Entwicklungshilfe vorgesehen. Weil sich das Nationalein-

kommen nach Schätzungen der Statistiker aber bei etwa 29,76 Milliarden Euro eingependelt hat, statt erstmals wie vorgesehen auf über 30 Milliarden zu steigen, wird die im Jahre 2007 geleistete Gesamthilfe im Wert von 275.135.892 Euro rund 0,92 Prozent des Bruttoinlandseinkommens ausmachen.

### Gute Zensuren, wenig Vertrauen

Weitaus spektakulärer als die doch recht theoretische Messlatte des Bruttoinlandseinkommens sind die Nettosteigerungen, die in den letzten Jahren von Luxemburger Seite verbucht werden konnten. 2004 betrug die öffentliche Entwicklungshilfe in Luxemburg noch 188,98 Millionen Euro. Ein Jahr später stieg sie auf 207,39 Millionen und erreichte 2006 gar 231,51 Millionen. Der Zuwachs der Entwicklungshilfe betrug demnach zwischen 2004 und 2007 rund 46 Prozent. Ein wohl einmaliger Wert in einem internationalen Umfeld, das

tendenziell rückläufige Entwicklungshilfeleistungen aufweist.

Für den Kooperationsminister Jean-Louis Schiltz, der den jüngsten Jahresbericht am vergangenen Montag der Presse vorgestellt hat, war 2007 ein wichtiges Übergangsjahr. Der Aufbau neuer Kontaktbüros in Nicaragua und Burkina Faso erlaube es, die Hilfe vor allem für ausgewählte Zielländer qualitativ und quantitativ zu verbessern. Freuen kann sich Schiltz auch über gute Zensuren seitens des „comité d'aide au développement“ (CAD) des Ausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der über die Effektivität der Hilfe der Geberländer wacht. Die hohen Steigerungsraten der Luxemburger Entwicklungshilfe rufen seitens des CAD allerdings auch einige Sorgen hervor. So sei die Personaldecke des zuständigen Ministeriums recht dünn. Viele Beamte müssten mehrere Aufgabenbereiche gleichzeitig abdecken.

Während der Minister die Aufforderung zur Aufstockung seines Personals nur zu gern an seine Kollegen der Ressorts Budget und „Fonction publique“ weiterreicht, kann er sich mit einem anderen Vorschlag des CAD weniger anfreunden. So solle Luxemburg dazu übergehen, einigen Partnerländern im Süden direkte Budget-

hilfe zu gewähren. Damit wird es den Regierungen der Entwicklungsländer ermöglicht, in gemeinsam beschlossenen Bereichen mit Geldern aus dem Norden selbstverantwortlich Projekte zu entwickeln und auszuführen. Für Schiltz und seine Verwaltung stellt sich hier ein Problem der Akzeptanz bei der hiesigen Bevölkerung. Tatsächlich setzt eine solche Zusammenarbeit ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen voraus das, angesichts zahlreicher Korruptionsskandale in politisch wenig gefestigten Ländern, nicht immer gegeben ist.

Allerdings geht es nicht um eine absolute Umschichtung der bewilligten Mittel in Richtung Budgethilfe. Doch in Bereichen wo die Kompetenzen der Partner im Süden soweit entwickelt sind um ihre Geschicke selber in die Hand zu nehmen, könnte diese Politik sogar helfen personelle Ressourcen hierzulande für andere Bereiche freizumachen. Das Korruptionsrisiko ist keineswegs auf die direkte Budgethilfe beschränkt. Der Süden ist gepflastert mit Entwicklungsruinen, die trotz allen Kontrollversprechen der Verantwortlichen aus dem Norden im Endeffekt nicht den wirklich Armen zugute gekommen sind.